

**Non-binding English convenience translation follows on page 8. Only German version is binding.
Unverbindliche englische Übersetzung folgt auf Seite 8. Maßgeblich ist ausschließlich die Fassung in
deutscher Sprache.**

Satzung der
Invesdor INV AG

§ 1 - Firma, Sitz und Geschäftsjahr

1. Die Gesellschaft führt die Firma Invesdor INV AG.
2. Sie hat ihren Sitz in Berlin.
3. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 2 - Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Beratungs- und Consulting-Dienstleistungen für Existenzgründer und mittelständische Unternehmen mit den Schwerpunkten Strategieberatung, Marketing/Vertrieb/Kundenakquisition und Crowdlending/Crowdfunding/Crowdinvesting sowie der Betrieb von Internet-Angeboten bzw. webbasierten IT-Lösungen mit entsprechenden Themenschwerpunkten und alle damit in Verbindung stehenden Service- und Dienstleistungen.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die dem Gegenstand des Unternehmens dienen. Sie kann zu diesem Zweck Zweigniederlassungen errichten, andere Unternehmen gründen, erwerben oder sich an ihnen beteiligen.

§ 3 - Höhe und Einteilung des Grundkapitals

1. Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt EUR 610.018,00 (in Worten: Euro Sechshundertzehntausend achtzehn).
2. Das Grundkapital ist eingeteilt in EUR 610.018,00 (in Worten: Euro Sechshundertzehntausend achtzehn) auf den Namen lautende, nennwertlose Stückaktien.
3. Die Form der Aktienurkunden und der Gewinnanteil- und Erneuerungsscheine bestimmt der Vorstand. Über mehrere Aktien eines Aktionärs kann eine Urkunde ausgestellt werden.

4. Das Grundkapital ist um bis zu EUR 305.008,00 durch Ausgabe von bis zu 305.008 neuen, auf den Namen lautenden Stückaktien (Stammaktien) bedingt erhöht (Bedingtes Kapital 2022/I). Die bedingte Kapitalerhöhung dient der Gewährung von Aktien bei Ausübung von Wandlungsrechten bzw. bei der Erfüllung von Wandlungspflichten an die Inhaber bzw. Gläubiger von Wandelschuldverschreibungen (nachstehend: „Schuldverschreibungen“), die aufgrund des Ermächtigungsbeschlusses der Hauptversammlung vom 29. Juni 2022 ausgegeben worden sind.

Die Ausgabe der neuen Aktien erfolgt zu dem nach Maßgabe des Ermächtigungsbeschlusses der Hauptversammlung vom 29. Juni 2022 jeweils festzulegenden Wandlungspreis. Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, wie die Inhaber bzw. Gläubiger von Schuldverschreibungen, die von der Gesellschaft oder einem ihr nachgeordneten Konzernunternehmen aufgrund des Ermächtigungsbeschlusses der Hauptversammlung vom 29. Juni 2022 bis zum 28. Juni 2027 ausgegeben bzw. garantiert werden, von ihren Wandlungsrechten Gebrauch machen bzw. Wandlungspflichten aus solchen Schuldverschreibungen erfüllen oder soweit die Gesellschaft anstelle der Zahlung des fälligen Geldbetrags Aktien der Gesellschaft gewährt und soweit die Wandlungsrechte bzw. Wandlungspflichten nicht durch eigene Aktien, durch Aktien aus genehmigtem Kapital oder durch andere Leistungen bedient werden. Die neuen Aktien nehmen von dem Beginn des Geschäftsjahrs an, in dem sie entstehen, und für alle nachfolgenden Geschäftsjahre am Gewinn teil; abweichend hiervon kann der Vorstand, sofern rechtlich zulässig, mit Zustimmung des Aufsichtsrats festlegen, dass die neuen Aktien vom Beginn des Geschäftsjahrs an, für das im Zeitpunkt der Ausübung von Wandlungsrechten, der Erfüllung von Wandlungspflichten oder der Gewährung anstelle des fälligen Geldbetrags noch kein Beschluss der Hauptversammlung über die Verwendung des Bilanzgewinns gefasst worden ist, am Gewinn teilnehmen.

Der Vorstand ist ermächtigt, die weiteren Einzelheiten der Durchführung der bedingten Kapitalerhöhung festzusetzen. Der Aufsichtsrat wird ermächtigt, die Satzung der Gesellschaft entsprechend der jeweiligen Inanspruchnahme des Bedingten Kapitals 2022/I und nach Ablauf sämtlicher Wandlungsfristen zu ändern.

§ 4 - Vorstand

1. Der Vorstand besteht aus einer oder mehreren Personen. Im Übrigen bestimmt der Aufsichtsrat die Zahl der Mitglieder des Vorstandes. Der Aufsichtsrat kann einen Vorsitzenden des Vorstandes sowie einen stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstandes ernennen. Es können stellvertretende Vorstandsmitglieder bestellt werden.

2. Die Beschlüsse des Vorstandes werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

§ 5 - Vertretung der Gesellschaft

1. Ist nur ein Vorstandsmitglied im Amt, vertritt es die Gesellschaft allein.
2. Sind mehrere Personen zum Vorstand bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Vorstandsmitglieder oder durch ein Vorstandsmitglied zusammen mit einem Prokuristen vertreten.
3. Der Aufsichtsrat kann einzelnen Mitgliedern des Vorstandes die Befugnis erteilen, die Gesellschaft alleine zu vertreten und/oder von den Beschränkungen des § 181 BGB 2. Alternative Befreiung erteilen.

§ 6 - Aufsichtsrat

1. Der Aufsichtsrat besteht aus vier Mitgliedern.
2. Die Aufsichtsratsmitglieder werden für die Zeit bis zur Beendigung der Hauptversammlung gewählt, die über ihre Entlastung für das vierte Geschäftsjahr nach dem Beginn der Amtszeit beschließt. Das Geschäftsjahr, in dem die Amtszeit beginnt, wird nicht mitgerechnet. Die Wahl des Nachfolgers eines vor Ablauf der Amtszeit ausgeschiedenen Mitglieds erfolgt für den Rest der Amtszeit des ausgeschiedenen Mitglieds.
3. Alljährlich im Anschluss an die ordentliche Hauptversammlung wählt der Aufsichtsrat in einer ohne besondere Einladung abzuhaltenden Sitzung aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter.
4. Über die Vergütung des Aufsichtsrates entscheidet die Hauptversammlung, die über die Entlastung des betreffenden Jahres beschließt.
5. Die Mitglieder des Aufsichtsrates können ihr Amt durch eine an den Vorsitzenden des Aufsichtsrates oder an den Vorstand zu richtende schriftliche Erklärung unter Einhaltung einer Frist von vier Wochen niederlegen.

6. Außerhalb von Sitzungen des Aufsichtsrates sind fernmündliche und schriftliche Beschlussfassungen oder Beschlussfassungen in sonstiger Textform (einschließlich E-Mail und Telefax) zulässig, wenn kein Mitglied diesem Verfahren innerhalb einer vom Vorsitzenden bestimmten, angemessenen Frist widerspricht.
7. Der Aufsichtsrat beschließt mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag. Dies gilt jedoch nicht bei Beschlüssen über
 - a) Die Ernennung und Abberufung der Mitglieder des Vorstands und
 - b) Änderung, Ersetzung oder Aufhebung der derzeitigen oder zukünftigen Geschäftsordnung des Vorstands.
8. Die Mitglieder des Aufsichtsrats können ihr Amt jeweils durch eine an den Vorsitzenden des Aufsichtsrates oder an den Vorstand zu richtende schriftliche Erklärung ohne Angaben von Gründen unter Einhaltung einer Frist von vier Wochen niederlegen; die Möglichkeit der fristlosen Niederlegung aus wichtigem Grund bleibt unberührt.

§ 7 - Hauptversammlung

1. Die Hauptversammlung findet am Sitz der Gesellschaft statt, falls nicht alle Gesellschafter mit einem anderen Ort einverstanden sind.
2. Sie wird durch den Vorstand nach den Vorschriften des Aktiengesetzes einberufen.
3. Den Vorsitz in der Hauptversammlung führt der Vorsitzende des Aufsichtsrates, im Falle seiner Verhinderung sein Stellvertreter.
4. Wenn sowohl der Vorsitzende des Aufsichtsrates als auch sein Stellvertreter verhindert sind, wird der Vorsitzende durch die Hauptversammlung gewählt.

§ 8 - Beschlussfassung

1. Jede Aktie gewährt in der Hauptversammlung eine Stimme.
2. Das Stimmrecht beginnt, wenn auf die Aktien die gesetzliche Mindesteinlage geleistet ist.

3. Die Beschlüsse der Hauptversammlung werden, soweit das Gesetz oder diese Satzung keine größere Mehrheit zwingend vorschreiben, mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Soweit das Aktiengesetz außerdem zur Beschlussfassung eine Mehrheit des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals vorschreibt, genügt, soweit das Gesetz keine größere Kapitalmehrheit zwingend vorschreibt, die einfache Mehrheit des vertretenen Kapitals.
4. Bei Stimmgleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.

§ 9 - Vinkulierung

Eine Verfügung, Übertragung oder Verpfändung von Aktien, die Bestellung eines Nießbrauchs an Aktien oder eine sonstige dingliche Belastung der Aktien ist nur mit schriftlicher Zustimmung der Aktionäre, die zusammen eine Mehrheit von mindestens 50.01% der Aktien halten, zulässig.

§ 10 - Jahresabschluss

1. Der Vorstand hat innerhalb der gesetzlichen Fristen den Jahresabschluss sowie den Lagebericht für das vergangene Geschäftsjahr aufzustellen und gegebenenfalls dem Abschlussprüfer vorzulegen. Nach Eingang des Prüfungsberichtes, sonst nach Erstellung, sind der Jahresabschluss, der Lagebericht, gegebenenfalls der Prüfungsbericht und der Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinnes unverzüglich dem Aufsichtsrat vorzulegen.
2. Nach Eingang des Berichtes des Aufsichtsrates über das Ergebnis seiner Prüfung hat der Vorstand unverzüglich die ordentliche Hauptversammlung einzuberufen, die innerhalb der gesetzlichen Fristen stattzufinden hat. Sie beschließt über die Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates sowie über die Verwendung des Bilanzgewinnes und wählt den Abschlussprüfer, sofern eine Abschlussprüfung gesetzlich vorgeschrieben ist oder freiwillig von der Hauptversammlung gewünscht wird.

§ 11 – Gewinnverwendung

1. Die Hauptversammlung beschließt über die Verwendung des Bilanzgewinns. Sie ist hierbei an den festgestellten Jahresabschluss gebunden. Sie kann auch eine andere Verwendung bestimmen, als sie in § 58 Absatz 3 Satz 1 AktG vorgesehen ist.

2. Sofern die Hauptversammlung die Ausschüttung des Gewinns beschließt, wird der Gewinn zwischen den Aktionären entsprechend ihrer Beteiligung verteilt.

§ 12 – Einziehung von Aktien

1. Die Einziehung von Aktien durch die Gesellschaft ist nach Maßgabe von § 237 AktG zulässig.
2. Die zwangsweise Einziehung von Aktien durch die Gesellschaft ist zulässig, wenn
 - a) die Aktien eines Aktionärs von einem Gläubiger des Aktionärs gepfändet werden oder in anderer Weise in die Aktien des Aktionärs vollstreckt wird und die Vollstreckungsmaßnahmen nicht innerhalb von vier Wochen, spätestens aber vor Verwertung der Aktien, aufgehoben werden,
 - b) über das Vermögen eines Aktionärs das Insolvenzverfahren eröffnet oder die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt wird oder dieser die Richtigkeit seines Vermögensverzeichnisses an Eides statt zu versichern hat,
 - c) in der Person des Aktionärs ein sonstiger wichtiger Grund, insbesondere durch Treueverletzungen oder gesellschaftswidriges oder unternehmensschädigendes Verhalten vorliegt, oder
 - d) die Aktien von Todes wegen auf andere Personen als Ehegatten oder Abkömmlinge des Aktionärs übergehen und auch nicht innerhalb von drei Monaten nach dem Tode des Aktionärs auf diesen Personenkreis übertragen werden.
3. Stehen Aktien mehreren Mitberechtigten ungeteilt zu, ist die Einziehung zulässig, wenn deren Voraussetzungen nur in der Person eines Mitberechtigten vorliegen.
4. Der Einziehungsbeschluss wird von der Hauptversammlung gefasst. Für den Beschluss ist eine Dreiviertelmehrheit der Stimmen aller Aktionäre erforderlich, wobei die Aktionäre, deren Aktien zwangsweise eingezogen werden sollen, nicht stimmberechtigt sind.
5. Der Vorstand hat die Einziehung dem betroffenen Aktionär gegenüber durch Einwurf-Einschreiben zu erklären. Ab dem Zugang der Erklärung des Vorstands ruht das Stimmrecht des betroffenen Aktionärs.
6. Die Einziehung der Aktien erfolgt gegen Zahlung einer angemessenen Vergütung. Im Falle der Zwangseinziehung ist an den betroffenen Aktionär bzw. an seinen Rechtsnachfolger als Einziehungsentgelt ein Betrag zu zahlen, der den Bilanzwert (eingezahlte Einlagen zzgl. offener Rücklagen, zzgl. Jahresüberschuss und Gewinnvortrag und abzgl. Jahresfehlbetrag und

Verlustvortrag) der eingezogenen Aktien nicht übersteigen darf. Maßgebend für die Berechnung des Bilanzwerts der eingezogenen Aktien ist die Handelsbilanz des am Tag der Beschlussfassung durch die Hauptversammlung vorangehenden Geschäftsjahrs. Stille Reserven jeglicher Art und ein Firmenwert werden nicht berücksichtigt. Die Festsetzung der weiteren Bedingungen der Zwangseinziehung bleibt der Beschlussfassung durch die Hauptversammlung überlassen.

§ 13 – Bekanntmachungen

Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen ausschließlich im Bundesanzeiger.

§ 14 - Gründungskosten

Die Gründungskosten von bis zu Euro 2.500,-- (in Worten: zweitausendfünfhundert) trägt die Gesellschaft.

**Non-binding English convenience translation. Only German version is binding.
Unverbindliche englische Übersetzung. Maßgeblich ist ausschließlich die Fassung in deutscher Sprache.**

Articles of Association
Invesdor INV AG

§ 1 - Company name, Seat and Business Year

1. The company's name is Invesdor INV AG.
2. The Seat of the company is Berlin.
3. The business year of the company is the calendar year

§ 2 - Object of the Company

The object of the company is the provision of advisory and consulting services for start-ups and medium-sized companies with a focus on strategy consulting, marketing/sales/customer acquisition and crowdlending/crowdfunding/crowdinvesting as well as the operation of Internet offerings or web-based IT solutions with a corresponding thematic focus and all related services.

The company is entitled to engage in all transactions and measures that serve the object of the company. For this purpose, it may establish branches, found or acquire other companies or participate in them.

§ 3 - Amount and division of the share capital

1. The share capital (Grundkapital) of the Company is EUR 610,018.00 (in words: Euro Six hundred and ten thousand eighteen).
2. The share capital is divided into EUR 610,018.00 (in words: Euro six hundred and ten thousand eighteen) no-par value registered shares (*auf den Namen lautende nennwertlose Stückaktien*).
3. The form of the share certificates and the dividend and renewal coupons shall be determined by the management board (Vorstand). One certificate may be issued for several shares held by one shareholder.
4. The share capital is conditionally increased by up to EUR 305,008.00 through the issuance of up to 305,008 new no-par value registered shares (ordinary shares) (Conditional Capital 2022/I). The

conditional capital increase serves the purpose of granting shares upon the exercise of conversion rights or the fulfilment of conversion obligations to the holders or creditors of convertible bonds (hereinafter: "Bonds") issued on the basis of the authorization resolution of the Annual General Meeting of 29 June 2022.

The new shares shall be issued at the conversion price to be determined in each case in accordance with the authorization resolution of the Annual General Meeting of 29 June 2022. The conditional capital increase shall only be carried out to the extent that the holders or creditors of bonds issued or guaranteed by the Company or a subordinate group company until 28 June 2027 on the basis of the authorization resolution of the Annual General Meeting of 29 June 2022 exercise their conversion rights or conversion obligations from such bonds. The new shares shall take effect from the beginning of the Annual General Meeting on 29 June 2022 until 28 June 2027, if the Company exercises its conversion rights or fulfils its conversion obligations under such bonds or if the Company grants shares in the Company instead of payment of the amount of money due and if the conversion rights or conversion obligations are not satisfied by treasury shares, shares from authorized capital or other benefits. The new shares shall participate in the profits from the beginning of the financial year in which they are created and for all subsequent financial years; in deviation from this, the Executive Board may, insofar as legally permissible, determine with the consent of the Supervisory Board that the new shares shall participate in the profits from the beginning of the financial year for which, at the time of the exercise of conversion rights, the fulfilment of conversion obligations or the

The members of the Supervisory Board who have not yet passed a resolution at the Annual General Meeting on the appropriation of the unappropriated surplus may participate in the profit in lieu of the cash amount due.

The Executive Board is authorized to determine the further details of the implementation of the conditional capital increase. The Supervisory Board is authorized to amend the Articles of Association of the Company in accordance with the respective utilization of the Conditional Capital. 2022/I and after the expiry of all conversion periods.

§ 4 - Management Board

1. The management board is composed of one or several persons. Otherwise, the supervisory board (*Aufsichtsrat*) shall determine the number of members of the management board. The supervisory board may appoint a chairman of the management board and a deputy chairman of the management board. Deputy members of the management board may be appointed.

2. Resolutions of the management board shall be adopted by a simple majority of votes. In the case of a tie, the chairperson of the management board shall have the casting vote.

§ 5 - Representation of the Company

1. If only one member of the management board is appointed, he/she shall represent the company alone.
2. If more than one person is appointed to the management board, the company shall be represented by two members of the management board or by one member of the management board together with an authorised officer (*Prokurist*).
3. The supervisory board may authorise any member of the management board to represent the company alone and/or grant exemption from the restrictions of Sec. 181, 2nd alternative German Civil Code (*Bürgerliches Gesetzbuch – BGB*).

§ 6 - Supervisory Board

1. The supervisory board has four members.
2. The members of the supervisory board shall be elected for the period until the end of the shareholders' meeting, which resolves on their discharge (*Entlastung*) for the fourth financial year after the beginning of the term. The financial year in which the term begins shall not be counted. The election of the successor of a member who departed before the end of the term shall be for the end of the term of the departing member.
3. Every year following the annual shareholders' meeting, the supervisory board elects a chairman and a deputy chairman from among its members in a meeting to be held without a special invitation.
4. The remuneration of the supervisory board shall be decided by the shareholders' meeting, which shall resolve on the discharge for the year concerned.
5. Members of the Supervisory Board may resign from office by giving four weeks' written notice to the Chairman of the Supervisory Board or to the Executive Board.

6. Outside of meetings of the Supervisory Board, resolutions may be passed by telephone and in writing or in other text form (including e-mail and fax) if no member objects to this procedure within a reasonable period of time determined by the Chairman.
7. The supervisory board shall adopt resolutions by a simple majority of the votes cast. In the case of a tie, the chairman of the supervisory board shall have the casting vote. However, this does not apply to
 - a) the appointment and dismissal of members of the company's management board
 - b) any amendment, replacement or termination of the current or of any future rules of procedure for the management board.
8. The members of the supervisory board may resign from office in each case by means of a written declaration addressed to the chairman of the supervisory board or to the executive board without stating reasons and subject to a notice period of four weeks; the possibility of resignation without notice for good cause shall remain unaffected.

§ 7 - Shareholders' Meetings

1. The general meeting shall be held at the registered office of the company unless all shareholders agree to another place.
2. It shall be convened by the management board in accordance with the provisions of the German Stock Corporation Act (*Aktiengesetz – AktG*). If an e-mail address is known from the shareholders, the convening may also be made by e-mail. If the voting right is to be exercised by a proxy, powers of attorney may also be transmitted to the company by way of electronic channels to be determined in more detail by the management board. The management board may also provide that shareholders may participate in the shareholders' meeting without being present at its location and without a proxy and may exercise all or some of their rights in whole or in part by way of electronic communication channels. The management board may further provide that shareholders may cast their votes in writing or by way of electronic communication channels even without attending the meeting (postal vote). The management board shall determine the further details of the procedure in each case, which it shall announce with the notice of the shareholders' meeting.
3. The shareholders' meeting shall be chaired by the chairman of the supervisory board or, if he is unable to do so, by his deputy.
4. If both the chairman of the supervisory board and his deputy are unable to attend, the chairman shall be elected by the shareholders' meeting.

§ 8 - Adoption of resolutions

1. Each registered share grants one vote at the shareholders' meeting.
2. The voting right arises when the statutory minimum contribution has been paid.
3. The resolutions of the shareholders' meeting shall be adopted by a simple majority of the votes cast, unless a larger majority is required by statutory law or by these articles of association. To the extent that the Stock Corporation Act (*Aktiengesetz*) also requires a majority of the share capital represented at the time the resolution is adopted, a simple majority of the share capital represented shall suffice, unless a larger majority is mandatorily required by statutory law.
4. In the event of a tie, the resolution is rejected.

§ 9 - Restriction of transferability

The disposal, transfer or pledging of shares, establishing of usufruct (*Nießbrauch*) over shares or any other encumbrance on shares is only permitted with the written consent of the shareholders who together hold a majority of at least 50.01% of the shares.

§ 10 - Annual Financial Statements

1. The management board shall prepare the annual financial statements and the management report for the past business year within the statutory time limits and, if necessary, submit them to the auditor. Upon receipt of the auditor's report, or otherwise after preparation, the annual financial statements, the management report, the auditor's report, if any, and the proposal for the appropriation of the balance sheet profit shall be submitted to the supervisory board without delay.
2. Upon receipt of the report of the supervisory board on the results of its review, the management board shall immediately convene the ordinary shareholders' meeting, which shall be held within the statutory time limits. It shall resolve on the discharge of the management board and the supervisory board as well as on the appropriation of the balance sheet profit and shall elect the auditor of the financial statements, if an audit of the financial statements is required by statutory law or is voluntarily requested by the shareholders' meeting.

§ 11 - Appropriation of Profits

1. The shareholder's meeting shall resolve on the appropriation of the balance sheet profit. In doing so, it is bound by the approved annual financial statements. It may also determine a different appropriation than that provided for in § 58 paragraph 3 sentence 1 AktG.
2. If the shareholders' meeting resolves to distribute the profit, the profit shall be distributed among the shareholders *pro rata* to their shareholding.

§ 12 - Redemption of Shares

1. The redemption of shares by the Company is permitted in accordance with § 237 AktG.
2. The compulsory redemption of shares by the Company shall be permitted if
 - a) the shares of a shareholder are attached by a creditor of the shareholder or are otherwise enforced against the shares of the shareholder and the enforcement measures are not lifted within four weeks, but at the latest before realisation of the shares,
 - b) insolvency proceedings are opened against the assets of a shareholder or the opening of such proceedings is refused for lack of assets or the shareholder has to affirm the correctness of his list of assets in lieu of an oath,
 - c) there is any other important reason in the person of the shareholder, in particular due to breaches of fiduciary duty or conduct contrary to the company or detrimental to the company, or
 - d) the shares pass by reason of death to persons other than the spouse or descendants of the shareholder and are also not transferred to this group of persons within three months after the death of the shareholder.
3. If shares are entitled to several co-entitled persons in undivided form, the redemption is permissible if the requirements are met only in the person of one co-entitled person.
4. The redemption resolution shall be adopted by the general meeting. The resolution requires a three-quarters majority of the votes of all shareholders, whereby the shareholders whose shares are to be compulsorily redeemed are not entitled to vote.

5. The Executive Board shall declare the redemption to the shareholder concerned by registered letter. Upon receipt of the declaration of the Executive Board, the voting right of the shareholder concerned shall be suspended.

6. The redemption of the shares shall be effected against payment of an appropriate remuneration. In the event of compulsory redemption, the shareholder concerned or his legal successor shall be paid an amount as redemption remuneration which may not exceed the balance sheet value (paid-in contributions plus open reserves, plus net income for the year and profit carried forward and less net loss for the year and loss carried forward) of the redeemed shares. The commercial balance sheet of the financial year preceding the day on which the resolution is passed by the general meeting shall be decisive for the calculation of the balance sheet value of the redeemed shares. Hidden reserves of any kind and goodwill shall not be taken into account. The determination of the further conditions of the compulsory redemption shall be left to the resolution of the shareholders' meeting.

§ 13 - Announcements

The announcements of the company shall be made exclusively in the Federal Gazette (*Bundesanzeiger*).

§ 14 - Formation costs

The formation costs of up to Euro 2,500 (in words: two thousand five hundred) shall be borne by the company.